

SPD-Fraktion im Rat der Stadt Köln
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Kölner
Rat

An die
Vorsitzende des Ausschusses
für Schule und Weiterbildung
Frau Gisela Manderla

Herrn
Oberbürgermeister Fritz Schramma

Eingang beim Amt des Oberbürgermeisters: 15.06.2009

AN/1102/2009

Dringlichkeitsantrag gem. § 12 der Geschäftsordnung des Rates

Gremium	Datum der Sitzung
Ausschuss Schule und Weiterbildung	15.06.2009

Elternbefragung zum Wechsel ihrer Kinder auf weiterführende Schulen in Köln

Sehr geehrte Frau Manderla,
sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

wir bitten Sie, folgenden Antrag auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung des Ausschusses für Schule und Weiterbildung am 15. Juni 2009 zu setzen.

Beschlussentwurf:

Der Schulausschuss bittet die Verwaltung, eine Elternbefragung zum Wechsel ihrer Kinder auf eine weiterführende Schule zu initiieren. Dazu ist eine Bedarfserhebung unter den Eltern aller Viertklässler im Schuljahr 2009/2010 bezogen auf die zukünftige Schulwahl (Hauptschule, Realschule, Gymnasium, Gesamtschule) vorzunehmen.

Darüber hinaus beauftragen wir die Verwaltung die Eltern zu befragen, ob sie das bisherige Angebot für ein längeres gemeinsames Lernen in Köln für ausreichend halten. Ebenso soll der Wunsch nach einem gemeinsamen Unterricht (GU) zur Integration behinderter Kinder abgefragt werden.

Die Verwaltung wird gebeten darzustellen, welche Handlungsoptionen sich für die zukünftige Schulentwicklungsplanung aus der Befragung ergeben und inwieweit ein zusätzliches Angebot die Nachfrage nach einer durchlässigen Schullaufbahn insgesamt verstärkt.

Das Ergebnis ist dem Ausschuss für Schule und Weiterbildung noch im Kalenderjahr 2009 vorzulegen.

Zur Vorbereitung notwendiger politischer Beschlüsse wird die Verwaltung beauftragt, eine Fachtagung zum Thema „Längeres gemeinsames Lernen“ zu initiieren. Zu diesem Hearing sollen neben den politischen Vertretungen insbesondere Eltern- und Schulvertreter/-vertreterinnen eingeladen werden.

Begründung:

Um dem Elternwillen in Köln gerecht zu werden, ist eine Bedarfserhebung zur Erfassung dieses Elternwillens unerlässlich. Die hohe Zahl der Ablehnungen von Schülerinnen und Schülern an Kölner Gesamtschulen und die Einschätzung der Fachverwaltung, dass die Quote in Höhe von 10% (jährl. ca. 900 Schülerinnen und Schüler) auch in den kommenden Jahren konstant bleiben wird, unterstreicht die Notwendigkeit einer Umfrage.

Mit der Abfrage des Elternwillens soll zudem eine frühzeitige Planung erreicht werden - besonders hinsichtlich der rückläufigen Hauptschulklassen.

Das dreigliedrige Schulsystem ist nicht mehr zukunftsfähig. Die Schullandschaft ist nicht zuletzt durch die Verkürzung der Schulzeit auf zwölf Jahre in Bewegung geraten. Die Präferenzen der Eltern haben sich deutlich verändert, während dessen die Landesregierung „kein Jota“ von ihrer Schulpolitik abrückt.

Trotz aller Bemühungen der Landesregierung um die Hauptschulen stimmen die Eltern mit den Füßen ab, die Zahl der Hauptschüler in Köln schrumpft stetig - und das trotz steigender Schülerzahlen.

Die Festlegung des Landes, neue Gesamtschulen nur im Halbtagsbetrieb zuzulassen, ist nicht hinnehmbar. Wie die Nachfrage in der Offenen Ganztagschule als auch an den weiterführenden Schulen beweist, ist die Entwicklung von Ganztagsstrukturen nicht mehr aufzuhalten.

Erhebungen in anderen nordrhein-westfälischen Kommunen verdeutlichen ebenfalls, dass die Eltern nicht den politischen Vorgaben aus Düsseldorf folgen. So möchten in St. Augustin nach einer Befragung 64 % der Eltern von Schülerinnen und Schülern der Klasse 1 bis 3 ihre Kinder auf eine Gesamtschule schicken. In Bonn sprachen

sich im vergangenen Jahr ebenfalls über die Hälfte der Eltern aller Viertklässler für ein längeres gemeinsames Lernen ihrer Kinder aus.

Begründung der Dringlichkeit:

Erfolgt mündlich.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Michael Zimmermann
SPD-Fraktionsgeschäftsführer

gez. Jörg Frank
GRÜNE-Fraktionsgeschäftsführer